



Bündnis Zwangsräumungen Verhindern eine Bilanz nach sechs Jahren wagen



VOM EVENT ZUM KAMPF

2018 haben wir uns als „Bremer Bündnis Zwangsräumungen verhindern“ zusammengetan. Wir wollten uns der alltäglichen Gewalt des Staates in Form der Zwangsräumung von Wohnraum als einer Erscheinungsform des kapitalistischen Alltags entgegenstellen. Aufmerksamkeit erhielten wir nicht zuletzt dank der Unterstützung zahlreicher solidarischer Menschen in der Stadt und darüber hinaus v.a. durch gescheiterte oder mehr oder weniger erfolgreiche Interventionen gegen Entmietung und Zwangsräumungen.

Doch da eine politische Praxis nicht zur Tradition verkommen soll, ist es für uns höchste Zeit, unseren eigenen Ausgangspunkt einer kritischen Überprüfung zu stellen. Wir schreiben diesen Text, um unser mietendes Umfeld zu einem gemeinsamen und langfristigen Diskussionsprozess einzuladen. An dessen Ende soll für uns eine verbindlichere Organisation von Mieter:innen stehen.

Ausgangspunkt unserer Praxis war und ist die Unterstützung konkreter Menschen in realen Situationen. Damit haben wir erstmal einer Politik, die ausschließlich um Dominanz auf einer medialen Deutungs- und Diskursebene ringt, eine Absage erteilt. Wir bezweifeln nicht, dass politische Kampagnen und breite Bündnisse stellenweise unerlässlich sind: Z. B. um einem andauernden Rechtsruck entgegenzuwirken, bestimmte Positionen auf politischer Ebe-

ne zu stärken oder für einen notwendigen Abwehrkampf gegen sozialen Abbau, sich verstärkende Militarisierung oder die ungebremste Zerstörung der ökologischen, planetaren Lebensgrundlagen. Dennoch sind wir bei diesem Ansatz erstmal geblieben. Nicht nur, weil es im Moment keine gesellschaftliche Kraft gibt, die an diesen Umständen etwas ändern könnte. Die konkrete Unterstützung von Menschen in realen Lebenssituationen – d.h. der Aufbau einer konkreten Solidarität – ist unser politisches Programm.

Das kapitalistische Ganze entsteht nicht ausschließlich durch die sichtbaren Institutionen der Herrschaft, den Parlamenten und Büropalästen des Kapitals. Es wird durch die alltägliche Interaktion der Menschen dieser Gesellschaft hergestellt. Daher liegt es für uns nahe, dass die Grundstrukturen dieser Gesellschaft auch durch alltägliche Kämpfe infrage gestellt und überwunden werden müssen: So wie hinter jeder nicht bezahlten Rechnung die bürgerliche Rechtsordnung, die Justiz und schlussendlich der staatliche Gewaltapparat steht, muss durch die praktische solidarische Intervention eben jener Gesamtzusammenhang als Gewaltapparat demaskiert und infrage gestellt werden.

Diese Erfahrung haben wir in den letzten Jahren nicht alleine gemacht. Neben uns haben sich zahlreiche kollektive Zusammenhänge auf den Weg gemacht, die soziale Frage zum Gegenstand ihrer Arbeit zu machen und andere Formen der Organisation auszuprobieren. Wir sind daher der Auffassung, dass die Linke durch diese Erfahrungen heute fähiger ist,

erfolgreich Klassenkämpfe zu führen, als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. Zu nennen wäre neben unserem Ansatz sicherlich die Stadtteilgewerkschaft in Gröpelingen, aber auch das Bündnis gegen Preiserhöhungen und Solidarisch in Aktion, um nur einige Bremer Beispiele zu nennen.

WAS KLAPPT?

In unserer Praxis schauen wir auf zahlreiche Erfahrungen zurück, in denen es uns gelungen ist, die bestehende Eigentums- und Rechtslogik, der sich Mieter:innen ausgesetzt sehen, zu durchbrechen. Stellenweise konnten wir den durchgesetzten Konsens ins Wanken bringen, dass es nunmal Recht ist, wenn Vermieter Menschen aus den „eigenen“ vier Wänden schmeissen; wegen nicht gezahlter Mieten, Behördenversagen des Jobcenters, Eigenbedarfskündigungen oder rassistischer Diskriminierung. Stattdessen ist es uns stellenweise gelungen die Frage aufzuwerfen, welche Verteilung der Resource Wohnraum bedarfsgerecht und gesellschaftlich wünschenswert ist – und zwar zuerst im Gespräch mit Nachbar:innen, Betroffenen, Unterstützer:innen etc., erst danach auch im medialen Diskurs.

Dabei nehmen wir zur Kenntnis, dass das Thema Zwangsräumungen und Entmietung mittlerweile wesentlich prominenter auf der medialen und politischen

Agenda steht, als wir es uns zu Beginn erhofft hätten. Zu Beginn unserer Arbeit war es Expert:innen vorbehalten, überhaupt das tatsächliche Tageswerk der Gerichtsvollzieher:innen zu kennen. Mittlerweile ist auch im öffentlichen Bewusstsein der Stadt angekommen, dass die staatliche Gewalt alltäglich Menschen gewaltsam aus ihren Wohnungen reißt. Dieser Alltag steht auch im Kontrast zum bürgerlichen Selbstanspruch der Gesellschaft. Auch wenn dieser Erfolg – die Sichtbarmachung der alltäglichen Gewalt – sicherlich nicht allein unserer Arbeit zuzuschreiben ist, so wissen wir, dass unsere Praxis auch über unser Milieu und über linksliberale Kreise hinaus als Botschaft an die Eigentumslosen dieser Stadt verstanden wird.

Unsere Praxis hat damit gezeigt, dass wir als Mieter:innen auf der Ebene konkreter Kämpfe in der Lage sind, nicht nur diskursiv Themen zu setzen, sondern auch real Machtverhältnisse zu verschieben, wenn wir uns solidarisch und gemeinsam für konkrete Anliegen einsetzen. Von nahezu allen Betroffenen von Zwangsräumungen, Kündigungen oder sonstigen Entmietungsversuchen wurde die Bereitschaft und das Bedürfnis kommuniziert, über die konkrete Betroffenheit hinaus solidarische Beziehungen fortzusetzen und selbst an den Kämpfen anderer Mieter:innen teilzunehmen. Das war für uns zunächst überraschend, zeigt aber, dass das Führen von konkreten Kämpfen auch geeignet ist, um dauerhaft andere Formen des gesellschaftlichen Miteinanders entstehen zu lassen.

Natürlich ist unsere Praxis keine Kette an bahnbrechenden Erfolgen, sondern von mühseliger und kleinteiliger Arbeit, d.h. konkret vom Beziehungsaufbau, technischer Recherche und rechtlicher Unterstützung geprägt. Als politisch bewusste Mieter:innen sehen wir es als unsere Aufgabe, den ganz und gar nicht spektakulären Alltag zu politisieren. Dabei sind die Chancen auf einen Erfolg am größten, wenn wir den Kampf bewusst führen, bevor die Eigentümer:innen sich auf unerwarteten Widerstand vorbereiten konnten und bevor der Staat sich als schützende Hand vor das privatwirtschaftliche Eigentum stellen konnte.

Um Mieter:innen in ihren Kämpfen zu unterstützen waren wir immer wieder

kreativ und haben neue Aktionsformen ausprobiert. Wir haben Blockaden organisiert, mit Kundgebungen die Nachbarschaft der Vermieter informiert, Mieter:innen zu Gericht begleitet, bei der Zentralen Fachstelle Wohnen Lösungen erzwungen, Druck durch Shaming-Aktionen aufgebaut, Briefe mit Forderungen überreicht und vieles mehr. Um unseren Anliegen Nachdruck zu verleihen, haben wir auch zunehmend Öffentlichkeitsarbeit als ein Mittel genutzt.

Auch konnten wir zu ganz unterschiedlichen Akteuren wichtige Kontakte knüpfen. Gerade der Kontakt zu Beratungsstellen ist von großer Bedeutung für uns. Der Bremer Erwerbslosenverband (BEV) und Mieter helfen Mietern (MHM) leiten Mieter:innen an uns weiter, die mit uns zusammen kämpfen möchten. Auf der anderen Seite nutzen und verweisen wir an die rechtliche Beratung, wo ein rechtliches Vorgehen aussichtsreich erscheint. Rechtliches und politisches Vorgehen schließt sich für uns nicht aus, sondern müssen ineinandergreifen.

Durch den Kontakt zu vielen Mieter:innen haben wir viel Wissen über den Bremer Wohnungsmarkt und seine Akteure gesammelt. So haben wir uns mit Gewoba und Genossenschaften genauso angelegt wie mit großen privaten Wohnungskonzernen, bürgerlichen und kleinkriminellen Vermieter:innen. Auch das Wissen über die Realitäten im Mietrecht und die Prozesse einer Zwangsräumung sind mit der Zeit gewachsen.

Bei der GEWOBA gelingt es immer wieder, Zwangsräumungen in letzter Minute noch abzuwenden. Zusätzlich zu den Kämpfen gegen Kündigungen und Zwangsräumungen schauen wir mittlerweile auf mehrere Organisationsversuche von Mieter:innen einzelner Vermieter:innen, wie diejenigen der Fischbachhäuser, zu-

rück. Auch hier zeigt sich, dass Hausgemeinschaften ihre Kämpfe bereits führen, wenn auch meist vereinzelt und ohne verbindenden Zusammenhang. Es kommt auf uns an, ob wir kommentarlos an diesen Kämpfen in unserer Nachbarschaft vorbei wohnen oder uns in organisierter Form solidarisieren.

WO HAKTS?

Die Erfahrungen unseres Bündnisses machen eine grundlegende Weiterentwicklung nötig und möglich. Wir wollen weiter Kritik im Handgemenge üben, statt zu einer Politik ohne Subjekt zurückzukehren. Dabei sehen wir die konkrete Möglichkeit, in Bremen eine reale und lebendige Mieter:innenbewegung mitzugestalten, die in der Lage ist unterschiedliche Lebensrealitäten und Erfahrungen miteinander in Verbindung zu bringen.

Unsere Praxis enthält zwar theoretisch ein Mitmachangebot an viele, tatsächlich fehlt es jedoch an den passenden Formaten, sich als Mieter:in mit den eigenen Problemen und Erfahrungen dauerhaft einzubringen. Ohne breitere Verankerung können wir eben kein Gegengewicht gegen die gut organisierten Interessen des Immobilienkapitals und der privaten Eigentümer:innen aufbauen. Das bedeutet, dass wir jeder mietenden Person die Möglichkeit geben müssen, aus ihrer konkreten subjektiven Betroffenheit durch eine kollektive Praxis Druck auf die:den

Vermieter:in aufzubauen. Dies setzt natürlich voraus, dass wir Mieter:innen nicht allein als „Betroffene“ unterstützen, sondern den notwendigen Weg von der eigenen Betroffenheit zur eigenen Beteiligung am Kampf anderer bewusst gestalten und organisieren müssen.

Dass wir als Mieter:innen im Bündnis aus völlig unterschiedlichen sozialen Lagen, Sprachkontexten etc. kommen, halten wir grundsätzlich für eine Stärke. Immerhin haben wir es einen Zusammenhang von Aktivist:innen zu bilden, der sich für „Betroffene“ von Zwangsräumungen einsetzt. Dennoch bleiben aktivistisch geprägte Formen linker Politik, insbesondere das „Plenum“ abschreckend und unverständlich. Szenetypischer Sprachgebrauch, Selbstverständlichkeiten im Ablauf, der Struktur und der Umgang während oder außerhalb eines Plenums sind für viele Menschen fremd und können ausschließend und überfordernd wirken.

Das gleiche gilt für politische Ansichten/Positionen, die bei manchen als selbstverständlich vorausgesetzt werden, bei anderen eher negative Assoziationen auslösen. Die Aktivist:innen mussten lernen, dass die Uhren bei uns anders laufen. Zugleich müssen wir feststellen, dass wir unseren Anspruch an Niedrigschwelligkeit weiterhin nicht erfüllen. Überlegungen, wie

wir gesammeltes praktisches wie theoretisches Wissen im Bündnis vermitteln und dabei nicht an Effektivität, Verbindlichkeit und inhaltliche Einigkeit verlieren, stehen noch am Anfang. Schließlich wollen wir in unserem Zusammenhang mehr Mieter:innen mit noch mehr unterschiedlichen Ausgangssituationen zusammenbringen.

WO SOLL ES HINGEHEN?

Wir sehen uns als Bündnis an einem Punkt, von dem aus es sich lohnt, einen Schritt weiter zu gehen. Wir wollen einen ersten Schritt wagen in Richtung Organisierung der Mieter:innen.

So wichtig wir den Kampf gegen Kündigungen und Zwangsräumungen finden, so wenig wollen wir ihn auf diese Anliegen beschränken. Stattdessen meinen wir, dass wir die Eigentumslogik immer an der Stelle am erfolgreichsten durchbrechen können, an dem sich Nachbar:innen, Freund:innen und Hausgemeinschaften zusammenschließen, um ihre Wohnsituation in die eigene Hand zu nehmen. Dass es dabei häufig um vermeintlich isolierte Probleme wie Mängel in der Wohnung, Nebenkosten, Mieterhöhungen oder Diskriminierung bei der Wohnungssuche geht, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass in dem kollektiven Aufbegehren dagegen auch die Frage „Wem gehört die Stadt?“ gestellt wird und nicht erst im rechtsförmigen Akt der Enteignung.

Dabei muss unser Ausgangspunkt sein, die Kämpfe in unserer, d.h. in gemeinschaftlicher und kollektiver Form zu führen und Möglichkeiten zu finden, der Vereinzelung des Mietmarkts und des Mietrechts entgegenzuwirken. Wir wollen immer gleichzeitig nach dem Erfolg im Alltag und dem großen Ganzen greifen. Der kapitalistische Alltag isoliert uns jeden Tag. Wir können jedoch eine Form schaffen, in der wir uns unsere Lebensbedingungen – wie etwa unsere Wohnung - aneignen und gleichzeitig den kapitalistischen Wahnsinn, der uns tagtäglich die Luft zum Atmen nimmt, skandalisieren.

Glücklicherweise sind wir auch damit nicht allein. Ansätze zum Aufbau von Mietergewerkschaften gibt es in Berlin und Frankfurt. Nicht zuletzt die „Initiative Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ probiert neue Wege, relevante Teile des städtischen Raums gleich ganz zu enteignen.

Auf großer Skala gelang es der „PAH“ (Plataforma de Afectados por la Hipoteca) von einer Protestbewegung gegen Zwangsräumungen zum stadtpolitischen Akteur zu werden. In den USA gibt es mittlerweile in zahlreichen Städten große Mieter:innenorganisationen wie die „LATU“ (Los Angeles Tenants Union). Auch ist der Kampf ums Wohnen in Metropolen des globalen Südens einer der zentralen Bezugspunkte sozialer Bewegungen, wie die „MTST“ (Movimento dos Trabalhadores Sem Teto) in Brasilien und die „Abahlali baseMjondolo“ (dt.: „Die Bewegung der Hüttenbewohner“) in Südafrika zeigen. Aus all diesen Erfahrungen können wir lernen, um auch in Bremen in den Nutzungskonflikt zwischen der Stadt als Lebensraum und dem als Ort kapitalistischer Verwertungslogik zu unseren Gunsten einzugreifen.

Klar ist, wir sind in Bremen nicht an dem Punkt, an dem wir euch mit einem fertigen Konzept für eine zukünftige Mieter:innengewerkschaft entgegentreten können oder wollen. Ein organisatorischer Fahrplan, wie aus einer vereinzelt intervenierenden Praxis eine verstetigte solidarische Beziehung werden kann, bedarf eines gemeinsamen Diskussionsprozess. Er muss zudem aus der Praxis und nicht aus der Theorie entwickelt werden. Wir würden missverstanden, wenn wir eine weitere linke, politische Organisation ins Leben rufen wollten: Wir suchen nach der Organisation unserer Interessen an der Basis der Gesellschaft und wünschen uns von den politischen Gruppen, sich gemeinsam am Aufbau eines strömungsübergreifenden

den Basisprojektes zu beteiligen.

Dafür brauchen wir dich – euch – uns. Bist du – persönlich, als politischer Zusammenhang oder als Wohngemeinschaft – bereit, einen aktiven Kampf um die Wohnungsfrage zu führen? Eine vermeintlich „private“ Angelegenheit ums Wohnen, aktiv und politisch zu führen, ist nach unserer Erfahrung möglich. Wir müssen von diesen Erfahrungen erzählen und dadurch ein Bewusstsein schaffen, dass ein solcher Weg lohnenswert ist. Denn aus unserer Sicht war sehr häufig mehr möglich, als sich die Beteiligten vorstellen konnten. Wir wollen euch daher dazu einladen, mit uns diesen Weg eines gemeinsamen Austauschs zu gehen.

Kommt zu unseren Aktionen, nicht nur zur Unterstützung der anderen, sondern um selbst mit uns und den dort aktiven Mieter:innen ins Gespräch zu kommen. Nutzt unsere Informationskanäle und informiert euer Umfeld über Möglichkeiten, vorbeizukommen und aktiv zu werden. Wenn möglich, teilt unsere Aufrufe oder besser, bringt eure Nachbar:innen, Freund:innen und Hausgemeinschaften gleich mit. Sucht den Kontakt zu euren Nachbar:innen, Hausgemeinschaften oder sucht als Wohngemeinschaft Kontakt mit uns. Wenn du dabei Hilfe brauchst, einen Zusammenhang in deinem Wohnumfeld aufzubauen, melde dich bei uns oder komm auf unser Plenum. Immer da wo es möglich ist, ermutigen wir euch, den Konflikt mit dem Eigentum nicht zu scheuen. Wenn ihr dafür Unterstützung braucht, sind wir für euch da!

Wir freuen uns über deine Nachricht!

**Wenn du uns deine Meinung zu diesem Text mitteilen willst,
wenn du selbst von Räumung oder Kündigung bedroht bist,
wenn du dich gemeinsam organisieren und gegen
Vermieter:innen wehren willst:**

Melde dich bei uns!



0176-86546283



zwangsräumungen_verhindern_hb



allebleibenwohnen@posteo.de



www.allebleibenwohnen.de

